

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

der Universitätsstadt Marburg am Freitag, 24. Mai 2002, 17:00 Uhr,

im Sitzungssaal Barfüßerstraße 50, Erdgeschoss,

- Anwesenheit:**
- SPD:** Aab, Acker, Becker, Brahms, Chatzievgeniou, Daser, Dinnebier, Hussein, Löwer, Lotz-Halilovic, Meyer, Dr. Musket, Schlüter-Böhm, Schröter, Schüren, Schulze-Stampe, Sell, Severin, Spies, Dr. Weinbach;
- CDU:** Dersch, Gottschlich, Heck, Heubel, Kaufmann, Kissel, Lohse, Oppermann, Pötter, Rehlich, Rising-Hintz, Röhrkohl, Schaffner, Dr. Wulff;
- GRÜNE:** Dr. Baumann, Giede, Göttling, Keller, Lakner, Laßmann, Markus, Neuwohner, Dr. Perabo, Schäfer;
- PDS/ML:** Gottschaldt, Kolter, Köster-Sollwedel, Metz;
- BfM:** Faecks, Schwindack, Zaun;
- F.D.P.:** Röllmann, Schwebel, Wüst;
- MBL:** Dr. Huesmann, Ludwig;

vom Magistrat:

Oberbürgermeister Möller,
Bürgermeister Vaupel,
Stadtrat Dr. Kahle;

vom ehrenamtlichen Magistrat:

Stadträtin Amend-Wegmann,
Stadtrat Biver,
Stadträtin Dinnebier,
Stadträtin Dr. Sewering-Wollanek,
Stadtrat Sprywald,
Stadtrat Wehrum;

es fehlen entschuldigt:

Mehnert – CDU –, Scherer – CDU –, Usinger – CDU –, Stadtrat Reinhard,
Stadträtin Schultheiß;

Schriftführer: Oberamtsrat Wagner

Protokoll:

zu 1 Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden

Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer - SPD - eröffnet die Sitzung um 17:07 Uhr und begrüßt alle Anwesenden. Die form- und fristgerechte Ladung für die heutige Sitzung wird festgestellt. Das Haus ist beschlussfähig. Gegen diese Feststellungen wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 26. April 2002 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Einwände gegen das Protokoll werden nicht vorgetragen. Somit gilt die Niederschrift in der ausgedruckten Form als genehmigt.

zu 3 Ergänzungen der Tagesordnung

Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen legen einen Dringlichkeitsantrag betr. Abendlinie in den Stadtwald vor. Der Antrag liegt dieser Niederschrift als Anlage bei.

Die Stadtverordnete Lakner - Bündnis 90/Die Grünen - begründet die Vorlage zusätzlich mündlich. Zur Sache spricht der Oberbürgermeister.

Gegen die Dringlichkeit der Vorlage wird aus dem Hause nicht gesprochen. Der Stadtverordnetenvorsteher wird den Antrag daher als TOP 10.1 in die Tagesordnung aufnehmen und entsprechend aufrufen.

Anschließend gibt der Stadtverordnetenvorsteher die in den Ausschüssen zu den einzelnen Vorlagen angemeldeten Aussprachen und sonstige Veränderungen der Tagesordnung bekannt.

Die Tagesordnung wird im übrigen so genehmigt.

zu 4 Fragestunde

zu 4.1 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Christa Perabo (Nr.1 5/02) Vorlage: VO/0351/2002

Sieht der Magistrat eine Möglichkeit, dass die Mülltonnen und Gelben Säcke in der Oberstadt (vor allem um Bereich der Fußgängerzone und der Geschäfte) nicht vormittags, sondern bereits nach Geschäftsschluss abgeholt werden, um so eine Reihe von Problemen einzudämmen, die vor allem nachts entstehen (Umstürzen von Mülltonnen, Brände u.a.)?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Die Abfall- und Wertstoffeinsammlung wird schon seit Jahren vom Dienstleistungsbetrieb der Stadt Marburg speziell im Oberstadtbereich, mit Rücksicht auf

die Besucher/-innen sowie die gewerblichen Betriebe, jeweils „dienstags“ in den frühen Morgenstunden durchgeführt.

Die Einsammlung der Abfälle beginnend ab 06:15 Uhr morgens hat sich bis heute bewährt, da verkehrsmäßige Beeinträchtigungen durch die Sammelfahrzeuge durch den frühen Beginn im Rahmen gehalten werden können.

Im Februar 1999 wurde das Thema „Neuregelung der Abfuhrzeiten von Papier“ in der Oberstadt durch die „AG Innenstadtentwicklung“ schon einmal breit diskutiert. Die Überlegungen, eine Einsammlung jeweils Dienstags zwischen 18.00 und 20.00 Uhr nach Geschäftsschluss durchführen zu lassen, wurde seinerzeit sowohl von der Arbeitsgruppe insgesamt als auch speziell vom Werkkreis Oberstadt, vertreten durch dessen Vorsitzenden, Herrn Reinauer, abgelehnt.

Argumente für die breite Ablehnung waren, dass gerade in den Sommermonaten speziell in den Abendstunden, wenn die Gewerbebetriebe ihre Bestuhlungen in der Fußgängerzone ausstellen, die Durchführung der Einsammlungstätigkeit zu einer unerträglichen Beeinträchtigung der Aufenthaltsqualität für alle Besucher der Oberstadt führt.

Eine geordnete Durchführung der Sammeltätigkeit wäre durch die beengten Platzverhältnisse nicht möglich.

Der Problematik des Umstürzen von Abfalltonnen oder das in Brand setzen von Gefäßen kann vor diesen Hintergründen nur entgegengewirkt werden, wenn gemäß der Abfallsatzung der Stadt Marburg erst am Morgen des Abfuhrtages die Sammelgefäße bzw. Wertstoffsäcke zur Einsammlung bereitgestellt werden.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Dr. Perabo – Bündnis 90/Die Grünen – wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu **4.2** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Ursula Schulze-Stampe (Nr.2 5/02)**
Vorlage: VO/0349/2002

Wie kann gewährleistet werden, dass der Fußweg (Verlängerung des Bachwegs) zur Gisselberger Straße dauerhaft mit allen Pfosten gesperrt wird und nur bei Veranstaltungen in der Turnhalle der Kaufmännischen Schulen die Pfosten entfernt werden?

Es antwortet der Bürgermeister.

Durch den Einbau von herausnehmbaren Pfosten am Beginn des Fußweges zwischen der Leopold-Lucas-Straße und der Gisselberger Straße sollte vor einigen Jahren verhindert werden, dass Fahrzeuge diesen unerlaubt befahren. Bedauerlicherweise wurden die Pfosten im Zuge von Veranstaltungen in der Turnhalle herausgenommen, beiseite gelegt und nicht wieder in die dafür vorgesehenen Hülsen eingesetzt. Dies hat zur Folge, dass mittlerweile zwei Pfosten fehlen.

Dieses Problem könnte durch den Einbau von umlegbaren Pfosten mit Dreikantverschluss umgangen werden. Es werden zwei baugleiche umlegbare Pfosten montiert, die bei Fahrten zu der Turnhalle umgelegt und anschließend wieder auf-

gerichtet werden können.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Schulze-Stampe - SPD - wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

zu **4.3** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Petra Baumann (Nr.3 5/02)**
Vorlage: VO/0341/2002

Welche rechtlichen Vorkehrungen werden bei der Vermietung der Bürgerhäuser getroffen, um unzumutbare Ruhestörungen der Nachbarn, insbesondere zur Nachtzeit, zu verhindern, und wie wird für deren Einhaltung gesorgt?

Es antworten der Oberbürgermeister und der Bürgermeister.

Für die Anmietung eines Bürgerhauses wird vor einer Veranstaltung ein Mietvertrag geschlossen.

Bestandteil dieses Mietvertrages sind die Allgemeinen Vertragsbedingungen und die Hausordnung.

In der Hausordnung ist unter Punkt 8 folgender Wortlaut zu lesen:

Aus Gründen des Lärmschutzes darf bei Veranstaltungen ein Lärmpegel von derzeit 65 Dezibel nicht überschritten werden. Bei Überschreitung dieses Pegels behält sich der Vermieter das Recht zur Unterbrechung der Veranstaltung vor. Beim Verlassen des Hauses nach 21:00 Uhr ist darauf zu achten, dass lautes Sprechen, unnötige laute Geräusche wie z. B. Motoren etc., mit Rücksicht auf die Anwohner zu vermeiden sind. Auf die Gefahrenverordnung gegen Lärm (Lärm-VO) in der jeweils gültigen Fassung wird verwiesen. Entstehende Schadenersatzansprüche treffen den Mieter. Türen und Fenster sind nach 21.00 Uhr geschlossen zu halten. Bei Zuwiderhandlung und Strafanzeige durch Anwohner bei der Polizei oder dem Ordnungsamt, muss der Mieter/die Mieterin mit entsprechenden Bußgeldern rechnen.

Für die Einhaltung der Auflagen im Mietvertrag, der Allgem. Vertragsbedingungen der Hausordnung hat der Mieter Sorge zu tragen.

Wir werden in Zukunft verstärkt die Einhaltung der Auflagen kontrollieren.

Zwei Zusatzfragen der Stadtverordneten Dr. Baumann – B90/Die Grünen - werden ebenfalls durch beide Dezernenten beantwortet.

zu **4.4** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anna Katharina Lakner (Nr.4 5/02)**
Vorlage: VO/0340/2002

Was gedenkt der Oberbürgermeister dagegen zu tun, dass die Freifläche vor der Kunsthalle regelmäßig, vor allem abends, von Pkws (bis zu 8 an der Zahl) zugeparkt wird?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Ab Mai werden durch die städtische Verkehrsüberwachung verstärkte Kontrollen im Bereich der Kunsthalle und des neuen Kinos durchgeführt.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Köster - PDS/ML - wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu **4.5** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Manfred Keller (Nr.5 5/02)**
Vorlage: VO/0332/2002

Wappen und wertvolles Portal des Luisa-Bades sind gesichert worden und sollten in das im Bau befindliche Schwimmbad integriert werden. Welche Entscheidung hat der Magistrat getroffen und ist davon auszugehen, dass mit der Einweihung diese bescheidenen Erinnerungsstücke wieder zu sehen sein werden?

Es antwortet der Bürgermeister.

Sowohl das Marburger Wappen aus Sandstein als auch die Luisabad-Plakette sind vor dem Abriss eingelagert worden und werden im Eingangsbereich des neuen Hallenbades wieder montiert. Zusätzlich ist eine Fotodokumentation von den alten Marburger Bädern für die Eröffnungsfeier geplant.

zu **4.6** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Manfred Keller (Nr.6 5/02)**
Vorlage: VO/0343/2002

Wo befindet sich derzeit das Portal nebst Ochsenkopf des ehemaligen Schlachthofes? Was gedenkt der Magistrat hinsichtlich seiner Verwendung zu tun. Nach meiner Erinnerung war ein Einbau in der Kunsthalle vorgesehen.

Es antwortet der Bürgermeister.

Die Portalgewändesteine und der Ochsenkopf befinden sich auf dem Lagerplatz des Bauhofes Am Krekel. Dort sind die Gewändesteine und der Ochsenkopf "fachgerecht" eingelagert.

Der Magistrat und die Beiräte für Stadtgestaltung und Denkmalschutz haben noch keinen geeigneten Standort für die sinnvolle Wiedererrichtung des Torgewändes und des Ochsenkopfes (Schlussstein des Torgewändes) finden können.

Eine Integration aller historischer Spolien, die durch den Abbruch des Torhauses und Luisabad etc. angefallen sind, so auch das Torgewände mit Ochsenkopf, in der Außenwand der Kunsthalle ist nicht zum Tragen gekommen.

zu **4.7** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Astrid Kolter (Nr.7 5/02)**
Vorlage: VO/0350/2002

Entspricht es der Wahrheit, dass es für das AquaMar ein geplantes Konzept gibt, bei dem Autofahrer/innen die Möglichkeit haben, ihren Parkschein mit dem Eintrittspreis des Schwimmbades zu verrechnen? Gibt es die Möglichkeit dieses Konzept auf Bustickets zu erweitern?

Es antwortet der Bürgermeister.

In den Vorgesprächen mit den Stadtwerken über die Parkraumbewirtschaftung am neuen Bad wurde unter anderem auch die kostenlose Parkmöglichkeit für die Badnutzer und über eine kombinierte Bus-/Badekarte gesprochen. Endgültige Entscheidungen hierzu stehen noch aus.

Die Gespräche mit den Stadtwerken werden demnächst wieder weitergeführt.

zu **4.8** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Henning Köster (Nr.8 5/02)**
Vorlage: VO/0352/2002

Kann der Magistrat anhand von eigenen Zählungen solche des BUND aus der ersten Jahreshälfte 2001 bestätigen, dass auf dem Lahnuferparkplatz hinter dem Behördenviertel „regelmäßig nur ein Drittel der Plätze belegt sind“ (Zit. aus „Das BUND-Lahnprojekt-Leitbild, Ziele Maßnahmen, S.2“)?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Zählungen wurden auf dem Parkplatz im Lahnvorland in der Lahnstraße nicht durchgeführt.

Aus eigenen Beobachtungen können aber die o.g. Angaben in der Tendenz bestätigt werden.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Köster - PDS/ML - wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu **4.9** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Henning Köster (Nr.9 5/02)**
Vorlage: VO/0353/2002

Welche Meinung hat sich die Bau- und Planungsbehörde zu dem auf der Bau- und Planungsausschusssitzung vom 13.02.02 vom Vertreter der Agendagruppe „Nachhaltige Stadtentwicklung“ unterbreiteten Vorschlag gebildet, die amtlichen Bekanntmachungen zur Bauleitung wie in Frankfurt mit „Bürgerbeteiligung“ zu überschreiben?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Auf die frühzeitige Bürgerbeteiligung bei Bauleitplanverfahren gemäß § 3 (1) BauGB wird seitens des Amtes 61K, Amt für Stadtentwicklung und städtebauliche Planungen, sehr großen Wert gelegt. So werden z. B. Aufstellungsbeschlüsse unmittelbar nach dem Parlamentsbeschluss öffentlich bekannt gemacht, sodass die Bürger schon aufgrund dieser Veröffentlichung kommen, um sich über die beabsichtigten Planungen und Ziele zu informieren.

Der Gesetzgeber gibt den Kommunen die Möglichkeit unter bestimmten Voraussetzungen auf die frühzeitige Bürgerbeteiligung zu verzichten sowie die Offenlage für die Dauer eines Monats auf zwei Wochen zu verkürzen. Von beiden Möglichkeiten wird seitens des Amtes 61K kein Gebrauch gemacht.

Innerhalb des Amtes ist nicht bekannt, dass die bisherige Praxis bei den Pressemitteilungen bzw. Amtliche Bekanntmachung sich in irgendeiner Form negativ auswirken.

Auch ist nicht bekannt, ob in Frankfurt die Veröffentlichung mit der Überschrift "Bürgerbeteiligung" eine positive Resonanz hervorruft.

In Zukunft wird das Wort "Bürgerbeteiligung" in den Amtlichen Bekanntmachungen größer geschrieben und fett hervorgehoben.

Zusätzlich soll ein Pressebericht, das Mitwirken der örtlichen Presse vorausgesetzt, über das geplante Projekt informieren.

Im Hinblick auf die zeitgleiche Veröffentlichung der Amtlichen Bekanntmachung und des Presseberichts in den beiden Zeitungen "Oberhessische Presse" und "Neue Marburger Zeitung" sind allerdings Probleme zu erwarten.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Köster – PDS/ML – wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu **4.10** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Eva Chr. Gottschaldt (Nr.10 5/02)**
Vorlage: VO/0354/2002

Auf welcher rechtlichen Grundlage wurde der Marktplatz auf Jahre hinaus (!) jeweils für den ersten Sonntag im Juli dem Marktfrühschoppenverein überlassen und damit diesem Verein ein Anspruch auf Sondernutzung des Marktplatzes eingeräumt, obwohl das Ortsrecht besagt, „Auf die Erteilung einer Sondernutzungserlaubnis besteht kein Rechtsanspruch" (Satzung über Sondernutzung an öffentlichen Straßen in der Universitätsstadt Marburg" §2,2) ?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Die Sondernutzungssatzung regelt den Geltungsbereich und die Erlaubnispflicht für jeden Gebrauch von Straßen, Wegen und Plätzen über den Gemeingebrauch hinaus.

In § 2 Abs. 2 wird lediglich darauf hingewiesen, dass kein Rechtsanspruch auf die Erteilung einer Sondernutzungserlaubnis besteht. Dies bedingt jedoch nicht, dass nicht längerfristig (auch über Jahre) über vorliegende Anträge entschieden werden kann.

Da es sich bei der Durchführung des Marktfrühschoppens um eine Traditionsveranstaltung handelt, bestand kein Grund, dem Antrag des Marktfrühschoppenvereins nicht zu entsprechen. Einer besonderen Rechtsgrundlage bedarf es dazu nicht.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Gottschaldt - PDS -, Neuwohner - Bündnis 90/Die Grünen - und Schwebel - FDP - werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu **4.11** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Eva Chr. Gottschaldt (Nr.11 5/02)**
Vorlage: VO/0355/2002

Aufgrund welcher Kriterien können Marburgerinnen und Marburger einen Stadtpass erhalten, wie viele Personen haben gegenwärtig einen Stadtpass und was

kostet dies die Stadt Marburg?

Es antwortet Stadtrat Dr. Kahle.

Stadtpassberechtigt sind Menschen, deren Einkommen eine bestimmte Grenze nicht übersteigt. Diese liegt zur Zeit bei 440,-- € für Alleinstehende/Haushaltsvorstände plus 210,-- € für jede haushaltsangehörige Person plus die Kosten der Kaltmiete.

Aktuell sind ca. 2.700 Stadtpässe ausgestellt.

Für das Haushaltsjahr 2002 stehen insgesamt 343.589,-- € zur Verfügung.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Köster und Gottschaldt - PDS/ML - und Dr. Perabo - Bündnis 90/Die Grünen - werden ebenfalls durch Stadtrat Dr. Kahle beantwortet.

**zu 4.12 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Pandelis Chatzievgeniou (Nr.12 5/02)
Vorlage: VO/0356/2002**

Wie viele Anträge auf Leistungen wurden entsprechend § 14 SGB IX von anderen Rehabilitationsträgern an die Stadt Marburg weitergeleitet, weil diese Träger eine Leistungspflicht der Stadt sahen, und wie wurden diese Anträge mit welcher Begründung beschieden?

Es antwortet Stadtrat Dr. Kahle.

Bisher wurden insgesamt 7 Anträge von einem anderen Rehabilitationsträger (hier ausschließlich den Krankenkassen) an das Sozialamt der Stadt Marburg unter Hinweis auf das SGB IX weiter geleitet.

6 dieser Anträge bezogen sich auf die Finanzierung von pädagogischer Frühförderung. Momentan wird auf Landesebene eine Vereinbarung erarbeitet, die eine Abgrenzung von ärztlichen Leistungen (Zuständigkeit dann: Krankenkassen) zu nichtärztlichen Leistungen (Zuständigkeit dann: Sozialhilfeträger) definiert. Solange diese Vereinbarung noch nicht abgeschlossen ist, zahlt das Sozialamt die Kosten für die pädagogische Frühförderung, d.h. in diesen Fällen wurde die Kostenübernahme zugesagt.

Ein Antrag, der sich auf die Übernahme von Kosten für eine logopädische Behandlung in einer Sonderschule bezog, wurde von der zuständigen Krankenkasse unter Hinweis auf die Heilmittelverordnung abgelehnt und an das Sozialamt weiter geleitet. Dieser Antrag musste aufgrund der Spezialvorschriften im Bundessozialhilfegesetz (hier: § 40 Abs. 1, letzter Satz - „Die Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und zur Teilhabe am Arbeitsleben nach diesem Gesetz entsprechen jeweils den Rehabilitationsleistungen der gesetzlichen Krankenversicherung oder der Bundesanstalt für Arbeit“ -) leider ebenfalls abgelehnt werden.

**zu 4.13 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Pandelis Chatzievgeniou (Nr.13 5/02)
Vorlage: VO/0357/2002**

Wie gedenkt der Magistrat die MigrantInnenberatung bei der Bürgerinitiative für soziale Fragen am unteren Richtsberg nach dem 30.09.2002 zu erhalten?

Es antwortet Stadtrat Dr. Kahle.

Die MigrantInnenberatung bei der Bürgerinitiative für soziale Fragen am unteren Richtsberg wurde in der Zeit vom 01.10.1999 bis 30.09.2001, also für die Dauer von insgesamt zwei Jahren, im Rahmen einer nach § 19 BSHG eingerichteten Maßnahme initiiert und gefördert.

Für die Zeit vom 01.10.2001 bis 30.09.2002 wird die Beratung im Rahmen des Projektes „Soziale Stadt“ aufrechterhalten.

Eine weitere, unterstützende Finanzierung seitens der Stadt ist nicht vorgesehen. Die Sozialarbeitskreise der SPD und der Fraktion Bündnis90 / Die Grünen haben am 20.02.02 beschlossen, hinsichtlich der Einrichtung eines Büros für Zuwanderer keinen entsprechenden Beschlussantrag an die Stadtverordneten zu stellen, weil die bereits bestehenden Strukturen genutzt und besser vernetzt werden können.

**zu 4.14 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Jürgen Rehlich (Nr.14 5/02)
Vorlage: VO/0358/2002**

Wann beginnen die Bauarbeiten zur Verlängerung der Linie 3 und gibt es schon einen ungefähren Fertigstellungstermin?

Es antwortet der Bürgermeister.

Der Ausbau des verlängerten Sohlgrabens zur Busanbindung des Neubaugebietes 'Moischer Straße' im Stadtteil Cappel ist im Frühjahr 2003 vorgesehen. Voraussetzung hierfür ist, dass das Baurecht durch den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung in diesem Jahr geschaffen werden kann.

Die erforderlich werdende Rodung der Waldflächen muss aufgrund der beginnenden Brutzeit am 15. März 2003 abgeschlossen sein. Anschließend kann mit dem Ausbau der Busstraße begonnen werden.

Die Freigabe der Straße für den Busverkehr und damit die Verlängerung der Linie 3 der Stadtwerke Marburg ist somit voraussichtlich ab Sommer 2003 möglich.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Rehlich - CDU - und Schüren - SPD - werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

**zu 4.15 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Christian Heubel (Nr.15 5/02)
Vorlage: VO/0361/2002**

Ist es dem Magistrat möglich, die Höhe der Mindereinnahmen in den Jahren 2001 bzw. 2002 für die Stadt Marburg zu beziffern, die sich durch die von einer rot-grünen Mehrheit im Deutschen Bundestag beschlossenen Steuerreform ergibt?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Die Steuereinnahmen bzw. steuerabhängigen Einnahmen, von denen das Wohl und Wehe des Haushalts am stärksten abhängt, sind die Einkommensteueranteile, die Gewerbesteuer und – indirekt auf dem Umweg über den kommunalen Finanzausgleich – die Schlüsselzuweisungen.

Diese Einnahmearten zeigen folgenden Verlauf:

in T€	Ansatz/Ergebnis 2000	Ansatz/Ergebnis 2001	Ansatz 2002
ESt-Anteil *	23.570/26.161	25.112/25.275	26.574
GewSt	21.679/23.328	24.286/38.323	26.380
SchlZuw	30.603/30.587	22.961/22.956	26.513

* einschließlich Ausgleichszahlung Familienleistungsausgleich

Im Einzelnen:

Einkommensteueranteil

Das Gesamtaufkommen in Hessen, das für den Marburger Anteil entscheidend ist, ist 2001 gegenüber 2000 um 0,78 % gesunken. Wie viel von diesem Minderaufkommen auf die Steuerpolitik und wie viel auf andere bundesweite, hessenweite oder lokale Faktoren zurückzuführen ist, kann der Magistrat unmöglich beantworten.

Dieses Absinken um 0,78 % spiegelt sich allerdings, wie aus der Tabelle deutlich wird, nicht 1:1 in dem Marburger Ergebnis 2000 und 2001 wider. Das liegt daran, dass für das 4. Quartal eines Jahres jeweils der Betrag aus dem 3. Quartal als Abschlag an die Kommunen gezahlt wird; die Spitzabrechnung für das abgelaufene Jahr läuft dann bereits in das Ergebnis des jeweils folgenden Jahres.

Die Steuerschätzung für 2002 (bis 2006) ist ein Kapitel für sich. Ging die Schätzung des Arbeitskreises Steuerschätzung vom November 2001 noch von einem Zuwachs der ESt von 3,8 % aus, so hat er die Erwartung jetzt auf 1,5 % revidiert. Es liegen allerdings noch keine Informationen darüber vor, wie die Erwartung für Hessen jetzt ist. Normalerweise ist das Aufkommen in Hessen allerdings etwas freundlicher als im Bundesdurchschnitt.

Gewerbesteuer

Der Deutsche Städtetag beklagt für 2001 einen Rückgang des Gewerbesteueraufkommens gegenüber 2000 von 16,5 % in den alten Ländern und von 17,5 % in den neuen Ländern. Das sind allerdings Durchschnittswerte, die einzelstädtisch überhaupt nichts aussagen. Die Tabelle zeigt dann auch für Marburg Ergebnisse, die mit einer enormen Steigerung von 2000 nach 2001 völlig atypisch sind. Die Frage, wie viel davon auf die Steuerpolitik des Deutschen Bundestages zurückzuführen ist, muss deshalb auch hier offen bleiben.

Schlüsselzuweisungen

In die Berechnung der Schlüsselzuweisungen gehen sehr viele verschiedene

Bestimmungsgrößen ein. Zu nennen sind insbesondere:

- Entwicklung Gewerbesteuer
- Entwicklung Gewerbesteuerumlage
- Entwicklung Grundsteuer A und B
- Entwicklung Einkommensteueranteil
- Entwicklung Umsatzsteueranteil
- Entwicklung Bevölkerungszahlen
- Entwicklung Schülerzahlen
- Entwicklung Gewichtungssätze der einzelnen Einnahmen und Ausgaben
- Verschiebungen im kommunalen Finanzausgleich zwischen den verschiedenen Empfängergruppen
- Ausstattung und Ausgestaltung des kommunalen Finanzausgleiches durch das Land Hessen

Allein der untypische Verlauf der Gewerbesteuer in Marburg hat dadurch schon Effekte auf die Schlüsselzuweisungen, die die Auswirkungen der Steuerpolitik überlagern. Dabei ist auch noch zu beachten, dass nicht nur das eigene Marburger Gewerbesteueraufkommen sondern das hessenweite Aufkommen die Marburger Schlüsselzuweisung beeinflusst.

Grundsätzlich gilt allerdings, dass natürlich aus dem Kommunalen Finanzausgleich umso weniger zu verteilen ist, je geringer die Steuerverbundmasse und damit die Finanzausgleichmasse ist, die zur Verfügung steht. Die Steuerverbundmasse wiederum wird aber nicht nur vom Verlauf des Steueraufkommens beeinflusst. Bestimmende Faktoren sind z. B. auch die Zahlungen des Landes Hessen an den Länderfinanzausgleich oder die vom Land gegen den Widerstand der kommunalen Spitzenverbände und der Kommunen so gewollte pauschale Kürzung um rd. 51 Mio. € (100 Mio. DM).

Das zeigt, dass es bei den Schlüsselzuweisungen praktisch nicht möglich ist, die Veränderung von einem Jahr zum anderen nur auf eine Ursache herunterzurechnen. Dazu gibt es zu viele Bestimmungsfaktoren, Nebeneffekte und Schattenwirkungen.

Zwei Zusatzfragen des Stadtverordneten Schüren - SPD - werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu **4.16** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Christian Heubel (Nr.16 5/02)**
Vorlage: VO/0360/2002

Welche Maßnahmen sind von der Stadt bzw. den Ordnungsbehörden im Bereich der Oberstadt durchgeführt worden, um Passanten (darunter viele auswärtige Besucher und Kunden der Marburger Geschäftsleute) vor Belästigungen durch an öffentlichen Plätzen lagernden und teilweise alkoholisierten Personengruppen zu schützen und haben Bemühungen Erfolg gehabt?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Übergriffe durch die angesprochenen Personengruppen auf Passanten sind bisher nicht bekannt. Sicherlich ist der Aufenthalt an dieser Stelle nicht unbedingt wünschenswert. Jedoch haben auch diese Personen das im Grundgesetz gewährte freie Aufenthaltsrecht.

Um Übergriffen vorzubeugen, wird der Bereich des Marktplatzes durch das Ordnungsamt und die Polizei verstärkt kontrolliert. Ein Platzverweis für die angesprochenen Personen kann jedoch nur erfolgen, wenn im Einzelfall entsprechende Belästigungen (Zeugen) nachgewiesen werden.

Unabhängig davon werden die Personengruppen angesprochen und aufgefordert, sich entsprechend zu verhalten. Die Erfahrung zeigt, dass dies mehrfach am Tag erforderlich ist.

Eine ständige Präsenz von Ordnungskräften bzw. Polizei auf dem Marktplatz ist aufgrund anderer zu erfüllender Sicherheitsaufgaben nicht möglich.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Neuwohner - Bündnis 90/Die Grünen - und Köster - PDS/ML - werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu **4.17** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Karin Schaffner (Nr.17 5/02)**
Vorlage: VO/0362/2002

Ist dem Magistrat bekannt, dass der Sportplatz in Moischt nach Regenfällen nur noch schwer bzw. überhaupt nicht bespielbar ist, wenn ja, was wurde bisher seitens des Sportamtes unternommen?

Es antwortet Bürgermeister Vaupel.

Dem Sportamt ist bekannt, dass es bei anhaltendem Regenwetter zu Vernässung des Sportplatzes kommt.

Es ist deshalb mit dem Garten- und Friedhofsamt wegen der Wegnahme der Pappeln verhandelt worden, weil davon auszugehen ist, dass dadurch eine Verbesserung hinsichtlich des Abflusses erreicht werden kann.

Die Verhandlungen des Garten- und Friedhofamtes mit dem Naturschutzbeirat sind derzeit noch nicht abgeschlossen. Wir gehen aber davon aus, dass eine positive Entscheidung getroffen wird.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Schaffner - CDU - werden durch den Bürgermeister und Stadtrat Dr. Kahle beantwortet.

zu **4.18** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Peter Aab (Nr.18 5/02)**
Vorlage: VO/0363/2002

Nach dem Kompromiss aller beteiligten (vgl. Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ortsbeirates im Stadtteil Michelbach am 15.10.2001) soll der bisherige Radweg von beiden Gemeinden in gegenseitiger Absprache als Naturlehrpfad „Ufernahe Flora und Fauna“ ausgeschrieben werden. Sind die betreffenden Absprachen zwischen dem Gemeindevorstand und dem Magistrat schon erfolgt und wann ist mit der Realisierung zu rechnen?

Es antwortet Stadtrat Dr. Kahle.

Nach jahrelangen Verhandlungen ist es endlich gelungen, einen für alle Beteilig-

ten (Gemeinde Lahntal, Stadt Marburg, Regierungspräsidium Gießen, Forstamt Wetter) tragfähigen Kompromiss bezüglich der Radwegeverbindung Michelbach-Sterzhausen zu finden. Die Entlastung des Naturschutzgebiets (NSG), insbesondere der Schutz der trittempfindlichen Magerrasengesellschaften, stand dabei im Vordergrund. Um die Schonung des Naturschutzgebiets zu ermöglichen, wurden im Zusammenhang mit dem Ausbau des neuen Fahrradweges am Waldrand neue Eingriffe in naturschutzrechtlicher Sicht genehmigt.

Nachdem die alternative Radwegführung verwirklicht worden ist, sollten die von den beiden Ortsbeiräten Michelbach und Sterzhausen vereinbarten weiteren Schritte in einem Ortstermin erörtert werden.

Der Magistrat wird dazu die Ortsvorsteher, Vertreter der Unteren Naturschutzbehörde und den Fragesteller einladen.

zu **4.19** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Peter Aab (Nr.19 5/02)**
Vorlage: VO/0364/2002

Hält der Magistrat die Hinweistafel in der Michelbacher Straße/ Ecke Stümpelstal, auf der eine Stadt-Straßenkarte abgebildet ist, noch für leserlich und im Hinblick auf das Michelbacher Neubaugebiet noch für aktuell? Wann ist mit deren Erneuerung zu rechnen.

Es antwortet der Bürgermeister.

Der im Jahr 1999 neu erstellte, stadteneigene Stadtplan wird derzeit von der Vermessungsabteilung hinsichtlich seiner Aktualität überprüft. Der Austausch alter Pläne ist für den Herbst 2002 vorgesehen.

zu **4.20** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr.20 5/02)**
Vorlage: VO/0365/2002

Wie viele BürgerInnen benutzen den Bus anlässlich eines Modellversuchs ÖPNV in den östlichen Stadtteilen und wie bewertet der Magistrat das Ergebnis des Versuches?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Es gab keinen Modellversuch. Die im Monat November 2001 über den Zeitraum von zwei Wochen erhobenen Fahrgastzahlen stammen von der Stadtteilbuslinie Ost. Von 224 Fahrten aus den Stadtteilen auf die Lahnberge und zurück liegt der Besetzungsgrad in 80 % der Fälle bei keinem oder maximal vier Fahrgästen. In absoluten Zahlen drückt sich dies folgendermaßen aus: 45 Fahrten ohne Fahrgäste, 44 Fahrten mit nur einem Fahrgast, 39 Fahrten mit zwei Fahrgästen, 29 Fahrten mit 3 Fahrgästen und 21 Fahrten mit 4 Fahrgästen. Die restlichen 20 % verteilen sich wie folgt: 8 Fahrten mit 5 Fahrgästen, 9 Fahrten mit 6 Fahrgästen, 13 Fahrten mit 7 Fahrgästen, 7 Fahrten mit 8 Fahrgästen, 6 Fahrten mit 9 Fahrgästen und 3 Fahrten mit der maximal gezählten Besetzung von 12 Fahrgästen. Hinsichtlich der Fahrgastbewegung zeigen sich bei genauerer Betrachtung unter den Stadtteilen selbst deutliche Unterschiede. Während aus den Stadtteilen Ginseldorf und Bauerbach zusammengenommen im Durchschnitt zwischen 3,6 und 3,7 Fahrgäste mitfahren, sind es aus Schröck und Moischt 1,9 Fahrgäste. Vor dem Hintergrund dieser Zählergebnisse ist die Nachfrage nach

Personenverkehr in den betroffenen Stadtteilen als gering einzuschätzen.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Severin - SPD - wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu **4.21** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr.21 5/02)**
Vorlage: VO/0366/2002

Wie viele BürgerInnen haben – nach dem derzeitigen Kenntnisstand des Magistrates – in den letzten drei Jahren sowohl Leistungen (Beratung, Sach- und Geldleistungen) des Jugend- und des Sozialamtes in Anspruch genommen?

Es antwortet Stadtrat Dr. Kahle.

Zu der o.a. Frage kann vom Sozialamt keine Aussage getroffen werden, da über den abgefragten Gesamtbereich (Beratung, Sach- und Geldleistungen) keine statistischen Erhebungen geführt werden.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Severin - SPD - und Köster - PDS/ML - werden ebenfalls durch Stadtrat Dr. Kahle beantwortet.

zu **4.22** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anita Kaufmann (Nr.22 5/02)**
Vorlage: VO/0379/2002

Welche Resultate haben die Verhandlungen der Stadt mit der Philipps-Universität bezüglich der Mitbenutzung der Universitäts-Sportanlagen durch Schulen und Vereine ergeben?

Es antwortet der Bürgermeister.

Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen, so dass noch keine Ergebnisse mitgeteilt werden können.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Rehlich - CDU - wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

zu **5** **Marburger Ortsrecht**
hier: X. Nachtrag zur Satzung über die Benutzung von Tageseinrichtungen für Kinder (Kindergärten - Kindertagesstätten - Hort und Krippe) der Stadt Marburg
Vorlage: VO/0319/2002

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker – SPD –. Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Annahme der Vorlage. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Beratung sprechen die Stadtverordnete Gottschaldt - PDS/ML -, Stadtrat Dr. Kahle, die Stadtverordneten Lotz-Halilivic - SPD -, Metz - PDS/ML - und Gottschlich - CDU -.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen die Stimmen der PDS-Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt

- 1. den beigefügten X. Nachtrag zur Satzung über die Benutzung von Tageseinrichtungen für Kinder (Kindergärten – Kindertagesstätten – Hort und Krippe) der Stadt Marburg und**
- 2. die Anpassung der Essensgelder wie in der Begründung dargestellt.**

zu 6 **Landschaftsplan 'Östliche Stadtteile' - LP-O
Vorlage: VO/0102/2001**

zu 7 **Landschaftsplan 'Östliche Stadtteile' LP-O
Ergänzungen zur Themenkarte - Naturschutz/Verbundplanung -, im Maßnahmenkatalog und im Leitbild
Vorlage: VO/0228/2002**

Beide Tagesordnungspunkte werden zusammen aufgerufen und behandelt.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Acker – SPD –. Der Ausschuss hat die Ausgangsvorlage zum Landschaftsplan "Östliche Stadtteile" vom 10.05.2001, Vorlage VO/0102/2001, und die Änderungsvorlage vom 25.03.2002, Vorlage VO/0228/2002, aufgrund der Anträge von SPD und Bündnis 90/Die Grünen beraten. Es bestand im Ausschuss Einvernehmen, dass über die Ausgangsvorlage vom 10.05.2001 in der Fassung, die sie durch die ergänzende Vorlage vom 25.03.2002 erhalten hat, abgestimmt werden soll. Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung der Vorlage in dieser Fassung zuzustimmen.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt getrennt über die Tagesordnungspunkte 6 und 7 abstimmen.

Zu TOP 6:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Landschaftsplan "Östliche Stadtteile" (LP-O; Ginseldorf, Bauerbach, Schröck, Moischt, Cappel, Ronhausen und Bortshausen) wird zum Zwecke der Anzeige gemäß § 4 Abs. 5 Hessische Naturschutzgesetz (HENatG) bei der Obere Naturschutzbehörde/Regierungspräsidium Gießen als 2. Teil des Gesamtlandschaftsplanes beschlossen.

Die genaue Abgrenzung ist dem Übersichtsplan zu entnehmen.

Zu TOP 7:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss.

Zu 1.

Die geforderten „Flächen mit besonderer Bedeutung für Naturschutz und Landschaftspflege“ sind in der neuen Themenkarte – Natur-

schutz/Verbundplanung -, wie in der Umweltausschusssitzung besprochen, ausgliedert und redaktionell neu zusammengestellt worden.

Diese Themenkarte enthält somit als Zusammenstellung für den Naturschutz folgende Inhalte:

- Rechtskräftige Schutzgebiete nach dem Hess. Naturschutzgesetz (HENatG)
- Festgesetzte Ausgleichsflächen gem. Baugesetzbuch (BauGB)
- Biotop nach § 23 HENatG
- Schützenswerte Grünbestände (in der Siedlung) und Strukturen
- Altholzinseln und Feuchtbiotop im Forst
- Faunistische Fundpunkte (aus dem Teilbereich Fauna)
- Waldmerungsbereiche
- Entwicklungsmaßnahmen zum Biotopverbund (aufgegliedert nach Wald und Offenland)
- Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen

Als Beispiel ist hierfür ein Kartenausschnitt dargestellt.

Zu 2.:

Der Maßnahmenkatalog (Kapitel E – Liste der Maßnahmen, Hinweise und § 23 Biotop – des Erläuterungsberichtes) ist durch Aussagen zur Entwicklung / Zielrichtung (Erhalt, Schutz, Pflege), wie in der Umweltausschusssitzung besprochen, ergänzt worden. Ein Beispiel ist hierfür nachfolgend aufgeführt:

Kleines Feldgehölz	<i>vorher</i>
Kleines Feldgehölz erhalten	<i>jetzt</i>

Das ergänzte Kapitel E ist beigelegt.

Zu 3.:

Die ökologische Gesamtzusammenhänge sind ebenfalls in der Themenkarte – Naturschutz/Verbundplanung – ausgelagert.

Zu 4.:

Das spezifische Leitbild zum LP-O ist im Kapitel 3 (allgemein zur Landwirtschaft) und in allen Unterpunkten 1. – Arten und Lebensgemeinschaften – und 1.2.1 – Waldflächen – entsprechend ergänzt worden. Die Seiten mit den Ergänzungen sind beigelegt und in kursiver Schrift kenntlich gemacht.

zu 8

Änderung des Wahlrechts zum Kinder- und Jugendparlament
Vorlage: VO/0234/2002

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker - SPD -. Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

§ 2 Abs. 2 der Satzung des Kinder- und Jugendparlamentes wird folgendermaßen geändert:

„Das aktive und passive Wahlrecht zum Kinder- und Jugendparlament haben alle deutschen und nichtdeutschen Kinder und Jugendlichen, die ihren ersten oder zweiten Wohnsitz in der Stadt Marburg haben oder hier in einem Internat wohnen und für die Marburg ihr längerfristiger Lebensmittelpunkt ist. Kinder und Jugendliche ohne Hauptwohnsitz in Marburg geben eine schriftliche Erklärung ab, dass sie das aktive und passive Wahlrecht zum Kinder- und Jugendparlament in keiner anderen Stadt wahrnehmen. Sie erhalten das Wahlrecht nach einem Monat und die Wählbarkeit nach zwei Monaten. Die Kinder und Jugendlichen müssen das 6. Lebensjahr vollendet und dürfen das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.“

zu 9 **Antrag des Kinder- und Jugendparlaments betr. Aufstellung von Uhren an Bushaltestellen in Schulnähe**
Vorlage: VO/0325/2002

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Acker - SPD -. Der Stadtverordnete Rehlich - CDU - hat im Ausschuss vorgeschlagen, den Antrag wie folgt zu ändern:

An den Bushaltestellen in Schulnähe soll die Aufstellung von Uhren durch die Stadtwerke geprüft werden. Insbesondere an den Bushaltestellen Radestraße und Stadthalle.

Dieser Antragsformulierung sind alle Fraktionen beigetreten.

Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu der so geänderten Vorlage. Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

An den Bushaltestellen in Schulnähe sollen die Aufstellung von Uhren durch die Stadtwerke geprüft werden. Insbesondere an den Bushaltestellen Radestraße und Stadthalle.

zu 10 **Dringlichkeitsanträge**

zu 10.1 **Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen betr. Abendlinie in den Stadtwald**
Vorlage: VO/0380/2002

Zu der Vorlage wird aus dem Hause das Wort nicht gewünscht. Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadtwerke Marburg GmbH werden vom Magistrat der Stadt Marburg aufgefordert zu prüfen, ob noch zum Fahrplanwechsel der Stadtwald in einer Testphase mit einer Abendlinie angefahren werden kann. Nach Auswertung dieser Testphase ist zu entscheiden, ob eine Fortsetzung sinnvoll ist.

zu 11 **Anträge der Fraktionen**

zu 11.1 **Antrag der Fraktionen SPD und B90/Die Grünen betr. Kommunikationsstrukturen zwischen Ausländerbeirat und Politik**
Vorlage: VO/0594/2001

zu 11.2 **Antrag der FDP-Fraktion betr. Bildung einer Integrationskommission**
Vorlage: VO/0016/2002

Beide Vorlagen werden zusammen aufgerufen und behandelt.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker – SPD –.

Zu 11.1:

Im Haupt- und Finanzausschuss haben die antragstellenden Fraktionen den Antrag wie folgt abgeändert:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlagen und Protokolle des Ausländerbeirates in ihren Verteiler auf und fordert und begrüßt es, wenn Stadtverordnete und Mitglieder des Magistrats an den Sitzungen des Ausländerbeirates teilnehmen.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Annahme der Vorlage in dieser Fassung.

Zu 11.2:

Im Haupt- und Finanzausschuss wurde der ursprüngliche Antrag von den antragstellenden Fraktionen wie folgt verändert:

Der Magistrat der Stadt Marburg wird aufgefordert, eine Integrationskommission nach § 72 HGO zu bilden. Als Mitglieder der Kommission werden vorgeschlagen:

- Vertreter der im Stadtparlament vertretenen Parteien und Wählergruppen
- Vertreter des Ausländerbeirates
- Vertreter der Kommunalverwaltung (Ausländeramt, Sozialamt, Schulamt)
- Vertreter von gesellschaftspolitisch relevanten Gruppen (Kirchen, Gewerkschaften, Arbeitgebern)
- Vertreter von in der Migrantearbeit erfahrenen Vereinen und Personen (Kulturvereine, Sportvereine, Ausländer-Frauengruppen, Gruppen mit Gemeinwesenarbeit u. ä.)

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung der Vorlage. Aussprache wurde angemeldet.

Der Stadtverordnetenvorsteher eröffnet die Aussprache. Es sprechen die Stadtverordneten Chatzievgeniou – SPD –, Schwebel – FDP –, Köster – PDS/ML –, Gottschaldt – PDS/ML –, Dr. Perabo – Bündnis 90/Die Grünen –, Oppermann – CDU – und Schüren – SPD –.

Während der Aussprache hat von 18:48 Uhr bis 19:13 Uhr die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Schulze-Stampe – SPD – die Sitzungsleitung übernommen.

Nach der Debatte lässt der Stadtverordnetenvorsteher abstimmen.

Zu TOP 11.1:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen eine Stimme aus der FDP-Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlagen und Protokolle des Ausländerbeirates in ihren Verteiler auf und fordert und begrüßt es, wenn Stadtverordnete und Mitglieder des Magistrats an den Sitzungen des Ausländerbeirates teilnehmen.

Zu 11.2:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus PDS und der Zählgemeinschaft aus FDP, BfM und MBL sowie Nein-Stimmen der SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

**zu 11.3 Antrag der SPD und B90/Die Grünen-Fraktionen betr. Ortenbergsteg
Vorlage: VO/0209/2002**

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Acker - SPD -. Der Beschlusstext des Antrages wurde im Bau- und Planungsausschuss auf folgende Fassung abgeändert:

Der Magistrat der Stadt Marburg wird aufgefordert,

- den behindertengerechten, d.h. barrierefreien Neubau des Ortenbergstegs schnellstmöglich umzusetzen.
- auf die direkte und barrierefreie Verbindung vom Ortenbergsteg zu den Bahngleisen hinzuarbeiten und die notwendige Abstimmung mit der DB Station und Service vorzunehmen.
- bei Realisierung der Bauvariante der Stadt die Erweiterungsmöglichkeiten mit direktem Zugang zu den Bahngleisen planerisch zu berücksichtigen.
- für die Durchführung der vorgenannten Punkte auf die Deutsche Bahn einzuwirken, die Kosten dafür zu übernehmen und den barrierefreien Zugang aller Bahnsteige sicher zu stellen.

In dieser Fassung empfiehlt der Ausschuss die Zustimmung zu der Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss.

Der Magistrat der Stadt Marburg wird aufgefordert,

- **den behindertengerechten, d.h. barrierefreien Neubau des Ortenbergstegs schnellstmöglich umzusetzen.**
- **auf die direkte und barrierefreie Verbindung vom Ortenbergsteg zu den Bahngleisen hinzuarbeiten und die notwendige Abstimmung mit der DB Station und Service vorzunehmen.**
- **bei Realisierung der Bauvariante der Stadt die Erweiterungsmöglichkeiten mit direktem Zugang zu den Bahngleisen planerisch zu berücksichtigen.**
- **für die Durchführung der vorgenannten Punkte auf die Deutsche Bahn einzuwirken, die Kosten dafür zu übernehmen und den barrierefreien Zugang aller Bahnsteige sicher zu stellen.**

zu 11.4 Antrag der SPD und B90/Die Grünen-Fraktionen betr. Projekt Kurhessenbahn

Vorlage: VO/0270/2002

Der Antrag wurde im Bau- und Planungsausschuss zurück gezogen.

zu 11.5 Antrag der SPD und B90/Die Grünen-Fraktionen betr. Aufwertung des Lahnvorlandes am Behördenviertel

Vorlage: VO/0271/2002

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Acker - SPD -. Für die antragstellenden Fraktionen hat der Stadtverordnete Dr. Musket den Beschlusstenor des Antrages im Bau- und Planungsausschuss verändert, so dass der Beschlusstext jetzt wie folgt lautet:

Der Magistrat der Stadt Marburg wird beauftragt, Möglichkeiten zur ökologischen Aufwertung des Lahnvorlandes am Behördenviertel, von der Einmündung der Kanustrecke am Pfaffenwehr an stromaufwärts im Bereich der Parkplätze, zu prüfen. Dabei sollen sowohl die im Naturschutz tätigen Vereine und Verbände wie die Anlieger dieses Gebietes einbezogen werden.

Der Stadtverordnete Wüst - FDP - stellt den Antrag, den Beschlusstext wie folgt zu ändern:

Der Magistrat der Stadt Marburg wird beauftragt, Möglichkeiten zur ökologischen Aufwertung des Lahnvorlandes am Behördenviertel, von der Einmündung der Kanustrecke am Pfaffenwehr an stromaufwärts im Bereich der Parkplätze, zu prüfen. Dabei sollen sowohl die Naturschutz tätigen Vereine und Verbände wie die Anlieger dieses Gebietes einbezogen werden.

Der Magistrat macht Vorschläge für die anderweitige Unterbringung der verloren gegangenen Parkplätze.

Der Magistrat macht Vorschläge über die sinnvolle Nutzung des so gewonnenen Geländes.

Diesen Änderungsvorschlag des Stadtverordneten Wüst hat der Bau- und Planungsausschuss jedoch mehrheitlich abgelehnt.

Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung somit, den Antrag in der Fassung der SPD / Bündnis 90/Die Grünen-Fraktionen in der geänderten Fassung anzunehmen.

Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Beratungen sprechen die Stadtverordneten Dr. Musket - SPD -, Kolter - PDS/ML -, Oppermann - CDU -, Wüst - FDP -, Markus - Bündnis 90/Die Grünen - und Schüren - SPD -. Ferner spricht der Oberbürgermeister für den Magistrat.

Nach Ende der Debatte lässt der Stadtverordnetenvorsteher zunächst über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion aus dem Bau- und Planungsausschuss abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen aus CDU und der Zählgemeinschaft aus FDP, MBL und BfM und Nein-Stimmen der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und PDS folgenden Beschluss.

Der Änderungsantrag wird abgelehnt.

Abstimmung über die geänderte Fassung des Antrages:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und PDS gegen die Stimmen der CDU und der Zählgemeinschaft folgenden Beschluss.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat der Stadt Marburg wird beauftragt, Möglichkeiten zur ökologischen Aufwertung des Lahnvorlandes am Behördenviertel, von der Einmündung der Kanustrecke am Pfaffenwehr stromaufwärts im Bereich der Parkplätze, zu prüfen. Dabei sollen sowohl die im Naturschutz tätigen Vereine und Verbände wie die Anlieger dieses Gebiets einbezogen werden.

zu 11.6 **Antrag der MBL-Fraktion betr. Situation des Einzelhandels in der Marburger Oberstadt**
Vorlage: VO/0273/2002

Für den Ausschuss für Regionalentwicklung, Verwaltungs- und Parlamentsreform berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Faecks - BfM -. Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Annahme der Vorlage. Aussprache wurde angemeldet.

Für die antragstellende Fraktion spricht der Stadtverordnete Dr. Huesmann - MBL -. Er informiert die Stadtverordneten darüber, dass eine neue Fassung des Antrages auf den Plätzen der Stadtverordneten ausliegt und begründet dieses Verfahren. Der Stadtverordnete spricht weiter zur Sache und erklärt, nach der Aussprache den Antrag eventuell zurück zu ziehen.

Für den Magistrat spricht der Oberbürgermeister. Anschließend spricht nochmals

der Stadtverordnete Dr. Huesmann - MBL - und zieht für seine Fraktion den Antrag zurück, da er inhaltlich erledigt ist.

Damit erübrigt sich eine Abstimmung im Hause.

zu 11.7 **Antrag der Fraktionen SPD und B 90/Die Grünen betr. Veröffentlichung der Stadtverordnetenvorlagen im Internet**
Vorlage: VO/0276/2002

Für den Ausschuss für Regionalentwicklung, Verwaltungs- und Parlamentsreform berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Faecks - BfM -. Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage. Die ergänzte Stellungnahme des Magistrats zu diesem Antrag soll allen Stadtverordneten auf die Tische gelegt werden.

Der Stadtverordnetenvorsteher weist darauf hin, dass die konkretisierte Stellungnahme des Magistrats ausliegt und lässt über den Antrag abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss.

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen,

- **wie die Tagesordnungen der Stadtverordnetenversammlung auf den Internetseiten der Stadt Marburg (im Vorfeld der Sitzung) veröffentlicht werden können.**
- **ob es möglich ist, nach der Sitzung auch die Ergebnisse der Abstimmungen dort kenntlich zu machen.**
- **inwieweit es machbar ist, dabei auch die einzelnen Anträge - in ihrem jeweils aktuellen Stand – über das Internet zugänglich zu machen.**
- **ob zu ermöglichen ist, dass die Vorlagen zusätzlich auch als Datei (z.B. als .pdf) herunterladbar sind.**

zu 11.8 **Antrag SPD und B 90/Die Grünen-Fraktionen betr. Anbindung des Neubaugebietes 'Obere Moischer Straße' an den ÖPNV**
Vorlage: VO/0277/2002

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Acker – SPD –. Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Meyer - SPD - und Schaffner - CDU -. Für den Magistrat spricht Stadtrat Dr. Kahle. Anschließend spricht erneut die Stadtverordnete Schaffner - CDU -.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss.

Der Magistrat wird aufgefordert, schnellstmöglich die Anbindung des Neubaugebietes „Obere Moischer Straße“ an das Liniennetz der Stadtwerke über eine Verlängerung der Buslinie 3 herbeizuführen. Hierbei ist die Einrichtung einer Haltestelle in der Reinhardswaldstraße/Ecke Moischer Straße zu überprüfen.

zu 11.9 **Antrag der CDU-Fraktion betr. Feuerwehrgerätehaus Wilhelm-Roser-Straße**
Vorlage: VO/0278/2002

Der Antrag wurde von der antragstellenden Fraktion im Bau- und Planungsausschuss zurückgestellt bis der Bewilligungsbescheid der Hessischen Landesregierung in dieser Angelegenheit vorliegt.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage ebenfalls zurück.

zu 11.10 **Antrag der CDU-Fraktion betr. Installierung einer Kinderwagenspur auf dem oberen Teilstück der Augustinertreppe**
Vorlage: VO/0279/2002

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Acker - SPD -. Der Beschlusstext wurde im Bau- und Planungsausschuss von der antragstellenden Fraktion wie folgt abgeändert:

Der Magistrat der Stadt Marburg wird beauftragt, im Bereich der Krebsgasse eine Möglichkeit zur Auffahrt bzw. Abfahrt von Kinderwagen zur Oberstadt zu schaffen und einen deutlichen Hinweis für die Benutzung zur Oberstadt anzubringen.

In dieser Fassung empfiehlt der Ausschuss die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat der Stadt Marburg wird beauftragt, im Bereich der Krebsgasse eine Möglichkeit zur Auffahrt bzw. Abfahrt von Kinderwagen zur Oberstadt zu schaffen und einen deutlichen Hinweis für die Benutzung zur Oberstadt anzubringen.

zu 11.11 **Antrag der CDU-Fraktion betr. Gewalt gegen Frauen und Kinder**
Vorlage: VO/0307/2002

Der Antrag ist im Sozialausschuss zurückgestellt worden und soll erneut beraten werden.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage ebenfalls zurück.

zu 11.12 **Antrag der CDU-Fraktion betr. Familienförderung**
Vorlage: VO/0308/2002

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo - Bündnis 90/Die Grünen -. Der Sozialausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss.

Der Magistrat der Stadt Marburg wird beauftragt, dem in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 24. 11. 2000 einstimmig verabschiedeten Antrag der CDU-Fraktion nachzukommen und einen Familienbericht über Struktur und Lebenslagen von Familien in Marburg sowie über Angebote und Kapazitäten familienorientierter Dienste, insbesondere auch von

Freien Trägern, vorzulegen.

**zu 11.13 Antrag der BfM-Fraktion betr. Parkdeck Barfußertor
Vorlage: VO/0310/2002**

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Acker – SPD –. Der Beschlusstext der Vorlage wurde im Bau- und Planungsausschuss wie folgt geändert:

Der Magistrat wird ersucht, eine Machbarkeitsstudie für die Erweiterung der Parkmöglichkeiten im Innenstadtbereich mit dem Ziel der Schaffung von weiteren öffentlichen Parkplätzen unverzüglich in Auftrag zu geben.

In dieser Fassung hat der Bau- und Planungsausschuss der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung der Vorlage empfohlen. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Beratungen sprechen die Stadtverordneten Faecks - BfM -, Köster - PDS/ML -, Oberbürgermeister Möller, Rehlich - CDU -, Neuwohner - Bündnis 90/Die Grünen -, Oberbürgermeister Möller und Schüren - SPD -.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus CDU und der Zählgemeinschaft aus BfM, FDP und MBL bei Nein-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und PDS/ML folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

**zu 11.14 Antrag der BfM-Fraktion betr. Linie 16 mit Route durch den Steinweg in die Oberstadt
Vorlage: VO/0311/2002**

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Acker – SPD –. Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, die Vorlage abzulehnen. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen der Stadtverordnete Faecks - BfM - und Oberbürgermeister Möller.

Der Stadtverordnete Faecks zieht in seinem Wortbeitrag die Vorlage zurück. Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

**zu 11.15 Antrag der Fraktion PDS/ML betr. Einrichtung einer Querungshilfe Übergang Bunsenstraße / Robert-Koch-Straße
Vorlage: VO/0326/2002**

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Acker – SPD –. Im Bau- und Planungsausschuss hat die antragstellende Fraktion den Beschlusstext wie folgt ergänzt:

Nach dem Wort Querungshilfe wird eingefügt "oder eine lichtgesteuerten Signalanlage".

Weiterhin wurde im Ausschuss durch den Stadtverordneten Meyer - SPD - folgende Änderung angefügt:

"Dies soll im Rahmen der Umsetzung des VEP Nordstadt geschehen".

Diese Ergänzungen sind im Bau- und Planungsausschuss mehrheitlich angenommen worden.

Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dem so geänderten Antrag. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Beratungen sprechen die Stadtverordneten Köster - PDS/ML -, Oppermann - CDU - und Acker - SPD -.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt nun zunächst über den PDS-Antrag in der ursprünglichen Fassung abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der PDS und Nein-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Dann stellt der Stadtverordnetenvorsteher die auf Initiative der SPD-Fraktion geänderte Fassung zur Abstimmung. Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen und Nein-Stimmen aus CDU und der Zählgemeinschaft aus BfM, FDP und MBL und bei Enthaltung der PDS/ML-Fraktion folgenden Beschluss:

Der Oberbürgermeister als Straßenverkehrsbehörde wird aufgefordert, unmittelbar vor der Brücke über das Schwarze Wasser auf der Höhe der Einmündung Uferstraße die Überquerung der Bunsenstraße für FußgängerInnen und FahrradfahrerInnen durch die Einrichtung einer Querungshilfe oder einer lichtgesteuerten Signalanlage erleichtern zu lassen. Dies soll im Rahmen der Umsetzung des VEP Nordstadt geschehen.

zu 11.16 **Antrag der PDS/ML-Fraktion betr. Verkehrsanbindung des Kombibades
Vorlage: VO/0329/2002**

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Acker – SPD –. Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung der Vorlage. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Beratungen sprechen die Stadtverordneten Kolter - PDS/ML - und Kaufmann - CDU -. Für den Magistrat spricht der Bürgermeister. Ferner spricht der Stadtverordnete Göttling - Bündnis 90/Die Grünen -.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der PDS und Nein-Stimmen aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und der Zählgemeinschaft BfM, FDP und MBL bei einer Enthaltung aus der Fraktion der Grünen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

zu 11.17 **Antrag der PDS/ML-Fraktion betr. Einrichtung einer Energieagentur**
Vorlage: VO/0330/2002

Der Antrag wurde im Umweltausschuss behandelt. Allerdings wurde er zurück gestellt, da die antragstellende Fraktion nicht zugegen war.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück.

zu 11.18 **Antrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und SPD betr. Verbesserte Fahrplangestaltung bei den Stadtwerken**
Vorlage: VO/0334/2002

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo - Bündnis 90/Die Grünen -. Im Sozialausschuss bestand Einigkeit, dass der Behindertenbeirat mit in die Planungen einbezogen werden muss. Der Antrag wurde somit um folgenden Nachsatz ergänzt:

In die Planung und Öffentliche Bekanntmachung ist der Behindertenbeirat mit einzubeziehen.

In dieser veränderten Fassung wird der Antrag zur Annahme empfohlen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss.

Der Magistrat wird aufgefordert, bei den Stadtwerken darauf hin zu wirken, dass bei den Fahrplänen des ÖPNV durch ein Rolli Symbol vermerkt wird, zu welchen Zeiten die rollstuhlfreundlichen Niederflurbusse verkehren. In die Planung und Öffentliche Bekanntmachung ist der Behindertenbeirat mit einzubeziehen.

zu 11.19 **Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD betr. Erhöhung der Einkommensgrenze beim Stadtpass**
Vorlage: VO/0335/2002

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo - Bündnis 90/Die Grünen -. Der Antrag ist im Sozialausschuss wie folgt verändert worden:

Der Magistrat wird gebeten, ein Konzept zur Neustrukturierung des Stadtpasses vorzulegen unter Berücksichtigung der gestiegenen Lebenshaltungskosten.

In dieser veränderten Fassung wird der Antrag zur Annahme empfohlen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss.

Der Magistrat wird gebeten, ein Konzept zur Neustrukturierung des Stadtpasses vorzulegen unter Berücksichtigung der gestiegenen Lebenshaltungskosten.

zu 11.20 **Antrag der SPD/B90/Die Grünen-Fraktionen betr. Stunden für die 'Schule mit festen Öffnungszeiten'**
Vorlage: VO/0337/2002

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Spies - SPD -. Im Schul- und Kulturausschuss wurde der erste Satz der Begründung des Antrages wie folgt abgeändert:

Die Streichung der Stunden für die frühere Schule mit festen Öffnungszeiten stellt die betroffenen Grundschulen bei der Beibehaltung oder Durchführung ihrer gewachsenen pädagogischen Profile vor erhebliche Probleme.
Die PDS/ML-Fraktion ist dem Antrag beigetreten.

Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage. Aussprache wurde angemeldet. Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Spies - SPD -, Gottschlich - CDU -, Laßmann - Bündnis 90/Die Grünen -, Dinnebier - SPD -, Oppermann - CDU - und Spies - SPD -.

Die Stadtverordnete Spies - SPD - bittet darum, den im Antrag geforderten Bericht mündlich in der Juni-Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zu erteilen. Für den Magistrat spricht der Bürgermeister.

Während der Debatte hat von 22:30 Uhr bis 22:51 Uhr der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Dr. Wulff - CDU - die Sitzungsleitung übernommen.

Es folgt die Abstimmung. Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen, PDS und der Zählgemeinschaft aus FDP, BfM und MBL bei Nein-Stimmen der CDU und einigen Enthaltungen aus der Zählgemeinschaft folgenden Beschluss:

**Die Streichung der Stunden für die frühere Schule mit festen Öffnungszeiten stellt die betroffenen Grundschulen bei der Beibehaltung oder Durchführung ihrer gewachsenen pädagogischen Profile vor erhebliche Probleme. Der Magistrat wird aufgefordert, bei der hessischen Landesregierung darauf zu dringen, dass die, restlichen Stunden der ehemaligen „Schule mit festen Öffnungszeiten“ im nächsten Schuljahr erhalten bleiben.
Der Magistrat möge in der Juni-Sitzung über das Ergebnis berichten.**

**zu 11.21 Antrag der MBL-Fraktion betr. Oberhessenschau
Vorlage: VO/0338/2002**

Der Antrag wurde im Ausschuss für Regionalentwicklung, Verwaltungs- und Parlamentsreform und im Haupt- und Finanzausschuss behandelt. Beide Ausschüsse empfehlen die Zustimmung.

Für den Magistrat gibt der Oberbürgermeister zum Antrag eine Erklärung ab.

Für die Antragsteller spricht der Stadtverordnete Dr. Huesmann - MBL -. Er weist daraufhin, dass allen Stadtverordneten eine Neufassung des Antrages auf die Plätze gelegt wurde. Nach der Erklärung des Oberbürgermeisters halten die Antragsteller den Antrag jedoch für erledigt. Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

zu **12** **Kenntnisnahmen**

zu **12.1** **Energiemanagement für städtische Gebäude**
Vorlage: VO/0235/2002

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

zu **12.2** **Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2001**
Vorlage: VO/0316/2002

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

zu **12.3** **Haushaltsplan 2002**
hier: Finanzplan 2001 bis 2005
Vorlage: VO/0336/2002

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

zu **12.4** **Budgetierungsrichtlinien für das Haushaltsjahr 2002 ff.**
Vorlage: VO/0344/2002

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um 23:10 Uhr.

Löwer
Stadtverordnetenvorsteher

Spies
stellv. Vorsitzende
der SPD-Fraktion

Rehlich
Vorsitzender
der CDU-Fraktion

Wagner
Protokoll und
Geschäftsstelle

Anlage
Dringlichkeitsantrag